

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 5.50 Mark

monatlich. Bei Postbezug
5.50 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle

Gesetzliche Stelle: Herford,
Königsstraße 29/31



Telefon Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedsamt Hannover

Anzeigenpreis 50 Pfennig

die 1 Spalte 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 60 Pfennig.
Reklamen die Zeile 3.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 292.

Herford. Mittwoch, den 14. Dezember 1921

39. Jahrgang

Politische Hochspannung.

Kurz vor Weihnachten herrscht in Berlin noch einmal parlamentarischer Hochbetrieb. Reichstag, Reichswirtschaftsrat, Preussisches Abgeordnetenhaus und Preussischer Staatsrat sind in dieser Woche versammelt, um noch dringliche Aufgaben zu erledigen. Alle vier Parlamente werden voraussichtlich nur wenige Tage zusammenbleiben. Es sind auch kaum tief einschneidende Beschlüsse von ihnen zu erwarten. Allerdings ist man sich im Reichstag vor Ueberwachungen nicht sicher. Der Reichskanzler hat im Vortage während der Weihnachtsferien zu rechnen sei.

Im übrigen hat sich der Reichskanzler aber sowohl im Reichswirtschaftsrat wie im Reichstag größter Zurückhaltung in seinen Mitteilungen befleißigt. Nicht einmal darüber gab er bestimmte Zusagen, ob er noch in dieser Woche, also vor dem Beginn der parlamentarischen Weihnachtsferien öffentlich Rede und Antwort über das Thema „Reparationen“ stehen werde. Ganz offenbar will die Reichsregierung solange öffentlich keine Stellung zu den in London gepflogenen Verhandlungen über Moratorium, Kreditabkommen und Neuordnung der Reparationsverpflichtungen nehmen, bis Lloyd George und Briand zusammen gewesen sind und eine Einigung erzielt haben. Deshalb erfährt auch die breite Öffentlichkeit so wenig über den gegenwärtigen Stand der ganzen wichtigen Angelegenheit. In parlamentarischen Kreisen hat man in dessen den Eindruck gewonnen, daß es sich augenblicklich nicht um Einzelfragen, wie Moratorium oder Kredithilfe handelt, sondern daß das ganze Reparationsproblem neu aufgerollt ist und von den Alliierten in einer Weise neu geregelt werden soll, die ihnen nützlicher als die gegenwärtige Regelung erscheint. Dem Kanzler kommt es offenbar jetzt nur darauf an, auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein, um im Notfall auf dringliche Anfragen der Reparationskommission schnell antworten zu können.

So ist auch das Drängen Wirths auf Annahme der Einigungsformel über Kredithilfe im Reichswirtschaftsrat zu verstehen. Seinem eifrigen Zureden ist es zu danken, daß die anfangs auseinanderstrebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Reichswirtschaftsrats nunmehr der Errichtung einer Kreditvereinigung zugestimmt haben unter der Voraussetzung, daß der Kredit, den die deutsche Wirtschaft dem Reiche zur Verfügung stellen soll, zeitlich und dem Betrage nach beschränkt werde. Wiederholt hat der Reichskanzler diesen Beschluß ein „Instrument“ genannt, dessen er bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen unbedingt bedürfe. Man kann sich denken, daß die Beratungen mit ausländischen privaten Kreditgebern oder mit der Reparationskommission notwendig machen, daß sich die Reichsregierung auf den ihr von der deutschen Wirtschaft eingeräumten Kredit berufen kann. Ob und wann das nötig sein wird, hängt ganz von der Weiterentwicklung der Dinge in London und Paris ab.

Bei seinem Beschluß hat der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates ausdrücklich die Aufstellung von Bedingungen für die Vergabe von Krediten verurteilt und abgelehnt; aber er hat gleichzeitig entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsunternehmen mit größter Beschleunigung durchzuführen geraten. Es scheint, als ob dieser Rat auch von außen, etwa von der Reparationskommission der Entente, an die Reichsregierung gekommen sei. Anders vermag man sich nämlich die auffällige Tatsache nicht zu erklären, daß die ungeheure Erhöhung der Tarife für Post und Eisenbahn schon wieder neu überholt worden ist durch eine Verordnung des Reichspostministers Giesberts, die noch der Zustimmung eines Reichstagsausschusses bedarf, nachdem der Reichsrat sie bereits, wenn auch widerstrebend, gebilligt hat. Daß die vorgeschlagenen neuen Erhöhungen unerträglich nicht nur für Private, sondern auch für Geschäft und Wirtschaft sind, daß sie wahrscheinlich einen derartigen Anstieg an Einnahmen im Gefolge haben, daß die gewaltige Steigerung nutzlos bleibt, davon mag ein andermal hier ausführlicher geredet werden. In diesem Zusammenhang soll heute nur darauf hingewiesen werden, daß die neue Steigerung der Post- u. Bahn-tarife im allerengsten Zusammenhang mit der Aufstellung der Reparationsfrage überhaupt zu stehen scheint. Die Reichsbetriebe dürfen keine Fehlbeträge mehr aufweisen und eine energische Betonung unseres guten Willens ist nötig, um die schwebenden Verhandlungen für uns günstig zu beeinflussen. Deshalb heißt es, die Zähne zusammenbeißen und eine gewaltige Wertenerhöhung des Verkehrslebens hinnehmen, auch wenn die Ueberzeugung nicht sehr groß ist, daß damit für alle Zukunft die Defizitwirtschaft in den Reichsbetrieben beseitigt werden könnte.

Das Neueste vom Tage

Sämtlichen politischen Parteien der Rheinprovinz, mit Ausnahme der beiden linkssozialistischen, haben einen gemeinsamen Aufruf gegen die nichtswürdigen Bestrebungen der Sonderbündler beschlossen, in dem sie erklären, daß sie für ewige Zeit am Deutschen Reiche festhalten wollen. Diese Einmütigkeit könnte die Franzosen darüber aufklären, daß ihre Eier nach dem linken Rheinufer jetzt ebensowenig befriedigt werden wird als in früheren Zeiten, so sehr Deutschland auch am Boden liegt.

Der Tariffahauptausschuß bezieht den Angestelltenstreik der Berliner Hoch- und Untergrundbahn als Tarifbruch und verbietet den Gewerkschaften das Zählen von Streikunterstützung.

Dem Prinzen von Wales geht es bei seinem Besuche in Indien ähnlich wie dem italienischen Königspaar bei seinem Besuche im deutschen Südtirol: die Straßen sind geschmückt, aber das Volk hält sich fern. Diese Haltung der Bevölkerung an vielen Orten entspricht der Warnung, die ausgesprochen wurde, als der Plan des Prinzenbesuches bekannt wurde und zeigt, daß die nationalistische Bewegung in Italien sehr feste Wurzeln geschlagen haben muß.

Die nächste Frage, die die Konferenz in Washington beschäftigen soll, wird die Frage der U-Boote sein. Bekanntlich wollen die flottenstarken Staaten die U-Bootwaffe, Verteidigungs- und Angriffsmittel der kleineren Nationen, in ihrer Verwendung möglichst einschränken oder wenn möglich ganz verbieten.

Die Volksabstimmung in Odenburg ist auf Wunsch der österreichischen Regierung verschoben worden, um eine gerechte und unbefüllte Abstimmung zu gewährleisten.

Briand wird nächste Woche nach London kommen.

Japan ist bereit, ab 1. Januar 1923 die japanischen Postämter in China abzuschaffen.

Von den Interpellationen des Reichstags wird nur die der Demokraten über die Finanznot der Gemeinden noch Ende dieser Woche behandelt werden. Oberbürgermeister Dr. Kütz wird sie begründen. Unter den Vorlagen, an die man noch vor Weihnachten herangehen will, soll sich auch das Reichsgesetz befinden; es ist aber trotz des Beschlusses des Vortages recht zweifelhaft, ob es wirklich noch zur ersten Lesung dieses Jahres in den Reichstagsausschuß kommt. Andere wichtige Entwürfe, wie der über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, sollen von den Ausschüssen noch schnell durchgeprüft werden; aber auch hier ist kaum auf eine Verabschiedung vor Weihnachten zu rechnen.

Alles in allem wird uns diese Woche vor den Weihnachtsferien noch manche politische Entscheidung bringen.

Der Viermächte-Bund.

Man kann den Teilnehmern an der Pazifik-Konferenz in Washington nachfühlen, daß sie unter dem Eindruck eines weltgeschichtlichen Ereignisses standen, als in der letzten Vollversammlung der amerikanische Senator Lodge den Text des Viermächteabkommens bekannt gab. Schon rein geographisch betrachtet liegt in dieser neuen Entente die Feststellung, daß Europa nicht mehr der herrschende Erdteil ist. Zum mindesten sind ihm Asien und Amerika koordiniert. Darüber täuscht auch nicht die Teilnahme Frankreichs an der neuen Entente. Man wird gern zugeben, daß Frankreich zuletzt aus einer reinen Statistenrolle herausgerückt ist. Es gleicht jener Schauspielerin, die auf Grund ihres Alters und ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit sich noch nicht kalte stellen lassen will. Aber vielleicht planen Amerika und England mit der Teilnahme Frankreichs an neuen Viermächteabkommen, von dem sich alle Staatsweisheit an der Seine noch nichts träumen läßt. Herr Harding, der lediglich ein Vollstrecker eng begrenzten Parteivillens schien, wächelt sich gleich seinem Vorgänger Wilson zu einem Weltberater aus, nur mit dem Unterschiede, daß er in der Praxis, und nicht in wolkenförmiger Theorie lebt. Wer weiß, ob Frankreich die hohe Ehre seiner Mitgliedschaft an der neuen Entente nicht noch einmal bar bezahlen muß, wenn man sich auf einer neuen Konferenz in Washington über die Verabschiedung des Reparationsproblems unterhält.

Zunächst freilich haben die praktischen Amerikaner ihre, nächstliegenden Sorgen gebannt. Wie ein Apdred lag

über dem fernen Osten die Gefahr eines möglichen Krieges zwischen der Union und Japan. Das Vertrauen auf beiden Seiten mußte die Spannung ständig erhöhen, und da der amerikanische Bürger kein Freund hoher Steuern ist, sah selbst das Land der unbegrenzten Möglichkeiten trotz seiner starken technischen Überlegenheit gewisse Grenzen. Herr Harding hat das Streben Englands zu Amerika trefflich zu benutzen gewußt. Der Plan, England von Japan zu lösen, ist vollkommen gelungen. Zugleich aber hat man Japan die Fessel eines Abkommens mit den übrigen drei größten Weltmächten angelegt. Das Abkommen und die vorausgegangene Rüstungsbeschränkung ist darum zunächst ein außerordentlicher Erfolg der amerikanischen Staatsleitung. Er ist um so höher zu bewerten, als die letzten Präsidentenwahlen zweifellos jeder Bindung Amerikas an gewisse Bündnisse abhold gewesen ist. Aber die Weltgeschichte steht nie still. Bald ließ sich erkennen, daß die Isolierung eine nicht ungefährliche Sache ist. Namentlich der Staatssekretär Hughes hat das deutlich herausgehört. Zwar wird in dem amerikanischen Volk noch die Wahlstimme von 1920 hier und da vorhanden sein, die Mehrheit in der Union aber wird kaum vor der Tatsache die Augen verschließen wollen, daß das Pazifik-Abkommen in erster Linie einen vollen Triumph für Amerika bedeutet. Darum ist es schon heute so gut wie sicher, daß sich die Gegnerkraft im Senat gegen dieses Abkommen auf eine kleine Minderheit beschränken wird. Demnach ist England der Sieger. Das englisch-japanische Bündnis ist den Briten während des Weltkrieges trefflich zuflatten gekommen. Japan hat seine Landknechtsdienste geleistet und England bangte vor dem Tage, an dem etwa die Gegenrechnung präsentiert werden könnte. Die Fische hat Japan zu bezahlen. Aber man schätze den Vorteil einer Verständigung nicht gering. Auch in Japan sagt man sich, daß heute ein Vergleich und eine Verständigung besser sind als ein gewonnenen Krieg. Es ist darum durchaus verständlich, wenn in Japan gleichfalls Freude herrschen sollte. Die Kriegspartei wird gewiß ihre Befriedigung lediglich heucheln, aber das japanische Volk ist sicher von einem zehnjährigen Frieden ebenso erfreut wie irgend ein anderes Volk der Welt. Zudem haben die Rüstungslasten Japan außerordentlich in Anspruch genommen. Die ganze Einnahme aus den Kriegsverdiensten droht in dem Vertrauen drauzugehen. Jetzt besteht die Möglichkeit, die Finanzen dauernd gesund zu erhalten. Freilich, der nationalistische Ehrgeiz gewisser japanischer Parteien hat einen starken Dämpfer erhalten, und auch handelspolitisch wird Japan auf manches seiner Vorrechte verzichten müssen. Aber diese Vorrechte ließen sich nur noch durch einen Krieg behaupten, und ein unglücklicher Ausgang dieses Krieges würde Japan weit mehr als diese Vorrechte gekostet haben. Es ist darum klug, von seiner Regierung, im Rahmen eines neuen Bündnisses herauszuliegen, was nur immer herauszuschlagen ist. Der erste Artikel des Abkommens bietet Japan außerdem die Möglichkeit, auf einer Konferenz seine Ansprüche immer wieder zur Diskussion zu stellen, und es ist noch nicht ausgemacht, ob es auf einer solchen Konferenz immer in der Minderheit sein wird.

Natürlich wird die Neuordnung im fernen Osten auch ihre Rückwirkungen auf Europa haben. England hat durch diese Sicherung und durch die Lösung des trübsamen Problems jetzt die Hände frei für eine stärker auf Europa eingestellte Politik. Es wird gewiß nichts Deutschland zuliebe unternehmen, aber dort, wo seine Interessen mit den unseren zusammenfallen, darf man von ihm sicher in Zukunft eine größere Aktivität als bisher erwarten. Deutschland ist gegenüber den Abmachungen von Washington lediglich Zuschauer. Unsere weltpolitische Stellung ist verloren gegangen, wir sind eine Macht zweiten Ranges geworden. Aber wie Panquos Geist waren wir dennoch in Washington zugegen. Man darf es begrüßen, daß Herr Briand der Konferenz kein Grinsen vor Deutschland beigebracht hat. Wir wollen nicht auf die Welt mit heimlichen Heeren und mit einem nur in der blöden französischen Einbildung bestehenden Revanchegespinnst wirken. Aber an Deutschlands Wirtschaftskraft, an dem Konsum von hiezig Millionen mitteleuropäischer Menschen kann dauernd keine Mächtekoalition vorübergehen. Darum wird auch der Tag wiederkehren, wo Deutschland in den Kreis der Weltmächte zurückkehrt. Noch haben wir wenig zu bieten. Aber das Gleichgewicht der Welt kann sich sehr rasch verschieben, und so wenig wir Neigung haben können, in eine Entente des fernen Ostens einzutreten, so wenig darf man uns doch ausschalten, wenn es demnächst gilt, die Anarchie Europas in eine Organisation, die von lediger Vernunft bestimmt wird, umzuwandeln.

Spa-
ch, der
as aus
remde.
s ging
e Frau
durch
o wahr
sorgen.
er und
: Her-
er in
r eines
921.
r d.
sende
o Mark.
dürftige
wenden.
famkeit
e) und
meiner
e große
Bater
kam ich
ich aus
er Ein-
Herford
roatien
d bleibe
jen.
ens hat
ergehen.
n seinen
in dieser
Bergetts
stilt mit
Im gan-
nung des
nehmen
verschie-
unserem
erung-
ung um
Prozent.
elanter
en 1820;
en i. W.
er letzten
infolage
folgende
7. No-
ännliche
ler Mit-
liche 339%
die Bei-
gebracht.
gerechnet
M, im
rittel der
sich auf
pro Mit-
innahme
59 883,80
Beitrags-
unter den
gen das
ausfindig
ach wir so
schicken?
s Fenster
log jener
amt aus-
mal einen
als Hülle
eines ele-
chamloses
eigen und
bedauer-
aber auch
ir werden
in diesem
artig aus-
ene Etnis
Gebetern
Buchstüb-
amtposten
thchaft ko-
deren An-
er Familie
übertrafft.

Einnahmen" befinden sich u. a. noch folgende Posten: Zin-
sen aus Kriegsanleihe 16 000 M., Schatzanleihe 5000 M., In-
validenrenten-Ausgabe 1200 M., Verwaltung der Tischler-
innungskassentafel 9000 M. In der Ausgabe finden sich
für ärztliche Behandlung 520 017 M., eine Summe, die sich
demnach um 40 Prozent steigern wird. Für Arznei, Heil-
mittel und Bäder 273 693 M., Krankengeld 30 Prozent
821 080 M., Wochenhilfe 5 Prozent 136 846 M., Sterbegeld
27 369 M., Krankenhauspflege 10 Prozent, die gleichfalls
erheblich an Kosten steigen wird, 273 693 M. Desgleichen
sind die Kosten für die Verwaltung, die mit 227 000 M. zu
Buch stehen, in Zukunft nicht unerheblich höher zu veran-
schlagen. Die Zuweisung zum Reservefond (8 Prozent) be-
trägt 218 954 M., die Zuschüsse zu Heilkuren betragen 20 000
Mark. Einnahme u. Ausgabe balanzieren mit 2 768 134 M.

b. Ein Brief im Fernverkehr 2 M., eine Postkarte 1,25 M.
Nachdem erst vor einigen Tagen vom Reichspostministerium
dem Reichsrat eine Vorlage zugegangen ist, die eine Erhö-
hung der Postgebühren bezweckt, so daß also der Brief im
Fernverkehr 1,50 M. und das Telegrammwort 75 Pf. kosten
sollte, ist jetzt schon wieder eine weitere Erhöhung vom
Reichsrat verlangt worden. Es hat sich herausgestellt, daß
die Einnahmen aus der zuerst vorgeschlagenen Erhöhung
noch immer ein Defizit von etwa 2 1/2 Milliarden M. gelassen
hätten. Infolgedessen sah sich das Reichspostministerium
gezwungen, etwa folgende Gebührensätze zur Genehmigung
dem Reichsrat vorzulegen: Postkarte im Ortsverkehr 0,75
Mark, im Fernverkehr 1,25 M.; Brief (20 Gr.) im Orts-
verkehr 1,25 M., im Fernverkehr 2 M.; Brief (bis 250 Gr.) im
Ortsverkehr 2 M., im Fernverkehr von 21 bis 100 Gr. 3 M.,
von 100 bis 250 Gr. 4 M., Postanweisungen kosten bis 100
Mark zwei Mk., bis 250 M. drei Mk., bis 500 M. vier Mk.,
bis 1000 M. fünf Mk., bis 1500 M. sechs Mk. und bis 2000 M.
neben Mk. Porto. Die Telegrammgebühren für das Wort be-
trägt eine Mark, die Mindestgebühr für ein Telegramm
10 M. Die Fernspreckgebühren sollen durchweg um 100
Prozent erhöht werden.

Die Reichshilfe für Kleinrentner. Die Regierungs-
maßnahmen zur Linderung der Not unter den Invaliden-
und Kleinrentnern sind als abgeschlossen anzusehen. Für
die Invalidenrentner und die Rentner aus der Angestellten-
versicherung steht ein jetzt fertiggestellter Gesetzentwurf eine
Unterstützung der Reichsregierung für das Rechnungsjahr
1921 in Höhe von einer Milliarde vor. Die Hilfe für die
Kleinrentner wird nicht auf gesetzlichem Wege, sondern
durch vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Nicht-
renten erfolgen. Die Richtlinien, die ebenfalls bereits fertig-
gestellt sind, geben die Art der Verteilung der Reichshilfe
und den Kreis der in Betracht kommenden Personen an.
Im großen und ganzen wird den einzelnen Gemeinden ziem-
lich freie Hand gelassen. Die Summe, die vom Reiche für
die Kleinrentner aufgewendet werden soll, beträgt 100 Mil-
lionen Mark. Nach Schätzung in unterrichteten Kreisen
kommen etwa eine Viertelmillion bedürftige Kleinrentner in
Frage. Die 100 Millionen vom Reiche sollen als Zuschüsse
zu den von den Ländern und Gemeinden den nothleidenden
Kleinrentnern gegebenen Unterstützungsbeträgen verwendet
werden. Bei der Verteilung der Unterstützungsbeträge sol-
len im besonderen das Alter und die Höhe der Arbeitsun-
fähigkeit des Bedürftigen berücksichtigt werden. Die Aus-
zahlung der Unterstützungsbeträge soll nicht im ganzen,
sondern ratenweise erfolgen.

Allgemein-Verbindlichkeitserklärung des Herforder
Angestelltenbundes vom 6. Oktober 1921. Von unterrichteter
Seite wird uns mitgeteilt: Wie wir erfahren, ist das zwi-
schen dem Arbeitgeberbund für Handel und Industrie G. V.
Herford einerseits und dem Gesamtverband deutscher
Angestelltenvereine andererseits, Ortsausschuß Herford: Deutsch-
nationaler Handlungsgehilfenverband, Verband weiblicher
Handels- und Büroangestellten, Neuer Deutscher Techniker-
bund, Deutscher Werkmännerverband, Gewerkschaftsbund
der Angestellten, Ortsgruppe Herford, Allgemeiner freier
Angestelltenbund, Ortskartell Herford, vom 6. Oktober 1921
abgeschlossene Zusatzabkommen I zum Angestellten-Tarif
vom 7. Juli 1921 betr. die Gehälter der Angestellten, vom
Reichsarbeitsministerium unter dem 29. November IV D
2891/16 mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 für den räum-
lichen Geltungsbereich der Stadt Herford für allgemein ver-

bindlich erklärt worden. Der berufliche Geltungsbereich er-
streckt sich auf alle Angestellte des Handels und der Indus-
trie. Nachdem das Zusatzabkommen wiederum für ver-
bindlich erklärt worden ist — das Gehaltsabkommen vom
7. Juli 1921 war ebenfalls für verbindlich erklärt —, haben
alle Angestellten einen Rechtsanspruch auf die vom Arbeit-
geberverband mit den Gewerkschaften vereinbarten Löhne,
wobei ohne Bedeutung ist, ob der Arbeitgeber Mitglied des
Arbeitgeberverbandes ist oder nicht.

Wenn man ohne Licht fährt. Ein Radfahrer in
Weinheim, der eines Abends ohne Licht fuhr, hatte auf der
Lüßelschneider Straße eine Frau umgefahren, die sich
durch den Sturz eine Gehirnerschütterung zuzog. Das
Schöffengericht, vor dem sich der Radfahrer, ein früherer
Totengräber, zu verantworten hatte, verurteilte ihn zu vier
Wochen Gefängnis und zu einer an die Vermögenslage zu
zahlende Entschädigung. Möge dieser Fall zur Warnung
dienen.

Bühnenbolschund. Die heutige geschlossene Vorstellung, die
Schillers „Maria Stuart“ bringt, beginnt schon um 7 Uhr. Die
Mitglieder der Theatergemeinde werden um pünktliches Erscheinen
gebeten.

Lippische Freistaaten
Bielefeld. Der Streik bei der Firma Dr. A. Dettler, bei dem
rund 1000 Arbeiter in Frage kamen, ist, wie die „W. Z.“ berichtet,
beendet. Die Arbeit ist Montag morgen in allen Abteilungen wieder
aufgenommen worden.

Stadthagen. Vor noch nicht langer Zeit kaufte ein hiesiger
Geschäftsmann ein Wohnhaus in hiesiger Stadt, wofür er 20 000
Mark zahlte. Jetzt verkaufte derselbe das Haus wieder und erhielt
dafür 90 000 Mark. Das Wohnhaus befindet sich an der Oberstra-
ße.

Aus Nachbarschaft und aller Welt
Hagen. Vor dem Hagerer Schwurgericht ging nach vier-
tägiger Verhandlung der große Betrugsprozeß gegen 8 Angeklagte
zu Ende. Es handelt sich sämtlich um Hochdiebstähle im
großen, bei denen die Hauptbeteiligten Ehepaar Hähnke, wohl-
habend waren. Der Mann stand unter dem Einfluß seiner Frau,
die in der Anlage als der Typ der Berliner Schieberfrau be-
zeichnet wurde. Dem Hauptbeteiligten, einem pensionierten Bahn-
beamten in Vordorf bei Berlin ist nachweisbar ein Gewinn von
200 000 Mark zugeflossen, doch ist sein „Verdienst“ erheblich größer
weil sich nur noch ein kleiner Teil der Diebstähle nachweisen ließ.
Die Geschworenen hatten 50 Fragen zu beantworten. Das Gericht
verhängte folgende Strafen: Eisenbahnassistent A. D. Hähnke 5
Jahre Zuchthaus, 9000 Mark Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust.
Kangierführer Gentel 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus 600 Mark
Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, Zugabfertiger Humburg 1 Jahr
6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Frau Hähnke 2
Jahre Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Frau
H. wurde auf freien Fuß gesetzt. Sie erging sich in lauten Ver-
wünschungen gegen das Gericht.

Messe. Als entlarvter Schachfälscher festgenommen wurde in
einem hiesigen Hotel der Kaufmann Westermann aus Witten a.
Ruhr, nach dem die dortige Kreditbank schon längere Zeit schandet.
Der Verhaftete, der hier seit 14 Tagen mit seiner Geliebten her-
lich und in Frieden gelebt und eine Fülle von annähernd 4000 M.
gemacht hat, hat zwei Schecks, auf 287 000 M. lautend, gefälscht.
Von dem geprellten Hotelwirt wurden ein Pelz im Wert von
4000 M., sowie eine Sendung von Zigarren aus Bünde beschlag-
nahmt. Der festgenommene wird nach Osnabrück überführt, um
dort abgeurteilt zu werden.

Mittemoor (Bann). Zweimal im Jahre mit einem Zwilling-
paar beschenkt zu werden, ist eine Begebenheit, die registriert zu
werden verdient. Einem Einwohner wurden im Januar zwei
muntere Knäbchen beschenkt, und dieser Tage flopfte Gebalter Storch
abermals an und brachte zwei kräftige Knaben ins Haus. Vier
Jungens in einem Jahre. Lieb Vaterland magst ruhig sein!

Gabinghorst (Landkreis Dortmund). Am 18. November wurde
in den Abendstunden im Postamt in Gabinghorst ein Einbruch-
diebstahl verübt, wobei die Diebe 16 100 M. erbeuteten. Die Täter
sind jetzt in Bielefeld ermittelt und festgenommen worden. Es

auch durch seine glückliche Nase). Auch Otto Imhoff
und Walter Schröder ließen nichts zu wünschen übrig
in ihren kleinen Rollen.

Oswald Czechowski zeichnete für die Spielleitung,
die er gut von Anfang bis Ende durchführte. Dafür sei ihm
vollste Anerkennung ausgesprochen, denn auch in dieser
Hinsicht ließ die gestrige Aufführung nichts zu wünschen
übrig.

Nun noch ein Wort über den Besuch. Durch das ein-
malige Gastspiel wurde etwas ganz Ausgezeichnetes in jeder
Hinsicht geboten. Dies hätte durch ein ausverkauftes Haus
gewürdigt werden müssen, denn die Aufführung
konnte sich mit jeder Großstadt-Auffüh-
rung wohl messen. Aber leider war das Haus bei
dieser Erst-Aufführung geradezu schlecht besucht. Wenn auch
das gesellschaftliche Leben jetzt am lebhaftesten ist, an Kunst-
genüssen in unserer Stadt sehr viel geboten wird und die
Zeit vor dem Feste ganz den Vorbereitungen gewidmet wer-
den muß, soviel Freunde der guten Oper muß es doch in
unserer Stadt geben, daß das verhältnismäßig kleine Thea-
ter voll besetzt ist. W. Kr.

Stadttheater. Aus dem Theaterbüro wird uns ge-
schrieben: Am Freitag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,
wird im Freitagabonnement „Die japanische Puppe“, ein
Spiel zwischen Scherz und Ernst von Rudolf Rothar und
Hans Bachwitz, gegeben. Als erste Kinder-Märchen-Vor-
stellung gelangt am Sonnabend, den 17. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, Robert Hertwigs „Goldhärchen“, Zauber-
märchen mit Gesang und Tanz in 7 Bildern, zur Auffüh-
rung. Der Vorverkauf für diese Vorstellung findet aus-
nahmsweise am Donnerstag, den 15. Dezember, vormittags
von 11—1 Uhr, am Freitag von 11—1 Uhr und abends von
6 Uhr ab und am Sonnabend von 11—1 Uhr und eine halbe
Stunde vor Beginn der Vorstellung statt.

find der Schlosser Hermann Meineberg aus Bielefeld und der Klei-
der Gustav Hoyer aus Essen.

Buer. Ein auswärtiger Händler, der mit Fischen und Bäck-
lingen auf den Buerischen Wochenmarkt kommt, hatte sich vor dem
Schöffengericht Buer zu verantworten. Der Händler hatte in der
Wagchale zwei Bäcklingsköpfe unter Papier verpackt und wog diese
jedesmal auf der Warenseite mit, so daß die Käufer fortgesetzt
betrogen wurden. Die Gesundheitspolizei ergriff ihn dabei. Das
Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mark.

Aussperrung von 10 000 Bauarbeitern.
d. Berlin. Durch einen in der Generalversammlung des
Verbandes Groß-Berliner Baugeschäfte am Freitag voriger Woche
gefaßten Beschluß wurden Montag Abend im Tarifgebiete Groß-
Berlin 10 000 Bauarbeiter ausgesperrt.

Wirtschaftsleben

Devisenturse.

Telegraphische Anszahlungen:	Weld	Brief	Weld	Brief
	13. Dez.	12. Dez.	13. Dez.	12. Dez.
Amsterdam-Rotterdam 100 Fl.	6718,25	6731,75	6143,85	6156,15
Brüssel-Antwerpen 100 Frcs.	1478,50	1478,50	1263,70	1271,30
Christiania 100 Kr.	2532,15	2537,85	2507,45	2512,55
Kopenhagen 100 Kr.	3621,85	3634,65	3161,80	3168,20
Stockholm 100 Kr.	463,32	463,46	4070,90	4079,10
Helsingfors 100 finnische Mk.	833,65	834,35	311,65	312,35
Italien 100 Lira	888,10	889,90	759,20	760,00
London 1 Pf. Sterl.	791,20	795,80	689,30	690,70
New York 1 Doll.	183,81	189,19	165,33	165,67
Paris 100 Frcs.	1548,45	1551,55	1383,65	1386,35
Schwiz 100 Frcs.	3736,25	3743,25	3245,75	3253,25
Spanien 100 Pef.	2872,1	2877,80	2407,55	2412,45
Prag (Deutsch-Österr. abgeh.)	6,78	6,82	6,03	6,07
Bto. 100 Kr.	226,75	227,25	201,75	201,25
Budapest 100 Kr.	25,47	25,53	23,72	23,78
Buenos Aires 100 Pef.	62,50	62,60	54,40	54,60

Der Wert der Mark in Pfennig.

in	12. Dez.	10. Dez.	in	12. Dez.	10. Dez.
Holland	2,7	2,5	London	3,0	2,6
Belgien	6,9	5,7	New York	2,5	2,2
Norwegen	4,5	4,1	Paris	6,0	5,5
Dänemark	3,6	3,2	Schwiz	2,5	2,2
Schweden	2,8	2,5	Spanien	3,6	3,0
Italien	10,5	9,8			

(Berechnet nach den in Berlin festgesetzten Kursen für telegraphische
Anszahlung.)

Berliner Börse vom 13. Dezember 1921: In der Börse traf
heute ein beträchtlicher Umschlag ein, ohne jeden besonderen
Grund setzte am Devisenmarkt eine Aufwärtsbewegung ein, die den
Dollar trotz einer Parität von 1,63 nach der gestrigen New Yorker
Notierung auf 1,89 in die Höhe trieb. Nach der amtlichen Kurs-
feststellung setzte sich diese Bewegung fort. Auch die übrigen West-
devisen folgten. Der Ostdevisenmarkt lag völlig geschäftlos. In-
folge dieser Besserung konnten auch die Effektenmärkte eine ent-
schiedene Belebung aufweisen. Nachdem die Emissionskäufe be-
endet sind, schreitet die Spekulation sowohl wie auch ein Teil des
Publikums wieder zu Rück- und Deckungskäufen. Die Erkenntnis,
daß die Effektenkurse viel zu niedrig stehen, will durchbringen und
sagt dies als eine Ermunterung zu neuem Börsenspiel auf. Amtlich
notierten New York 1,89, London 795 und Paris 1550. Silber in
Barren ca. 900 fein wurde das Rgr. mit 3000—3050 bezahlt. Der
Ankaufspreis für Gold beträgt 720 Mark für ein Zwanzigmarkstück.

Holzmarkt. Die Gesamtlage ist als gespannt zu betrachten.
Es werden auf Grund der Bewertung des Rohholzes in den Staats-
und Privatforsten für Schnitthölzer derart hohe Preise gefordert,
daß viele Verbraucher und Holzhandlungen einfach nicht in der
Lage sind, die Mittel aufzubringen, die zur Anfüllung der Lager
notig wären. Für neue Stammware, die im Winter in Pom-
merellen hergestellt werden soll, wurden von ersten Sägewerk-
firmen frei Waggons deutschpolnische Grenze beiderseitig verzollt
2500—2600 M. gefordert. Es hat sich indessen bisher noch niemand
entschlossen, zu derartigen Preisen in Einkaufsverhandlungen einzu-
treten. Die Geschäftslage ist daher als äußerst unsicher anzu-
sprechen, und es können insbesondere diejenigen Sägewerksbesitzer
erheblichen Gefahren ausgesetzt sein, die jetzt zu den Rundholzver-
käufen in den Forsten bei hohen Preisen Stellung nehmen. Man
bemerkte in letzter Zeit wieder etwas veräuferte Angebote solcher
Firmen, die Ware eingelagert haben und mit Ablauf des Jahres,
nachdem die Inventur abgeschlossen ist, wieder an den Markt kom-
men werden. Sehr störend wird in den Kreisen des Holzhandels
die Sperrung des Güterverkehrs aus Polen empfunden. Die Ver-
handlungen, die von deutscher Seite mit der polnischen Eisenbahn-
verwaltung angeknüpft wurden, hatten bisher kein Ergebnis. Die
polnische Regierung behauptet, daß sie von der deutschen noch
8000 Bahnwagen zu fordern habe, während umgekehrt die deutsche
Bahnverwaltung das Vielfache dieser Zahl an Waggons aus Polen
anfordert. Inzwischen geraten viele Holzlieferer, die in Polen
gekauft haben, mit ihren Abnehmern in unangenehme Differenzen.
Der Schwelmenmarkt liegt sehr fest. Für Rundholz, das sich zur
Herstellung von Schwellen eignet, wurden bereits 450 M. je Fest-
meter und mehr ab Wald bezahlt. Es ergeben sich infolgedessen
bei der Produktion aus diesem teuren Holz unter Berücksichtigung
der im Juli vom Eisenbahn-Zentralamt gezahlten Preise gewaltige
Verluste.

Die Erhöhung der Tabaksteuer.

Im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuer wurde gestern die
Tabaksteuer weiter beraten. Angenommen wurden folgende Steuer-
sätze für Zigarren im Kleinverkaufspreise: bei 300 Pfennig das
Stück oder mehr 1200 M. für 1000 Stück mit einem Zuschlag von
200 M. für 1000 Stück für je 50 Pfennig, um die der Klein-
verkaufspreis von 300 Pfennig für das Stück überschritten wird;
für Zigaretten im Kleinverkaufspreise wurde bei den höheren
Preislagen folgende Tabaksteuer angenommen: bei 50 Pfennig das
Stück oder 250 M. für 1000 Stück mit einem Zuschlag von 50 M.
für 1000 Stück für je 10 Pfennig, um die der Kleinverkaufspreis
von 50 Pfennig das Stück überschritten wird.
Angenommen wurde ferner für feingeschnittenen Rauchtabak
im Kleinverkaufspreise für die höheren Preislagen eine Tabaksteuer
bei 100 Mark das Kilogramm oder mehr 60 Mark das Kilogramm
mit einem Zuschlag von 12 Mark für das Kilogramm für je
20 M., um die der Kleinverkaufspreis von 100 Mark das Kilo-
gramm überschritten wird. Für Pfeifentabak im Kleinverkaufs-
preis bis zu 5 Mark das Kilogramm wurde 1 M. pro Kilogramm
Tabaksteuer beschlossen, bis zu 8 M. 2 M., bis zu 10 M. 2,50 M.,
bis zu 15 M. 4,50 M., bis zu 20 M. 6 M., bis zu 100 M. oder
mehr 30 M.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger
Fr. A. H. Le; für die Anzeigen: Georg Bese; beide in Herford.

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 Uhr vom
Tranerhause, Stübje 1, aus statt. Das feierliche Seelenamt
ist am Freitagmorgen 7⁴⁰ Uhr in der Pfarrkirche.

Bäckerstrasse 5. Telefon 278. Bäckerstrasse 5.

Gänsemarkt 5. Herford Bäckerstr. 33.

29

Das VII

Auf die H
mühte die An
Geburt des C
innerung an
aber keineswe
einer Feier de
nische Seite, d
sprechen, weil
leser zu berich
lich in der ent
haben, an we
boren worden
merksamkeit
einwandfrei f
17. November
tag, ohne doch
gen zu können
Rom das erste
Bischof Liborio
tete, mochte e
stattfindenden
Seite gestellt
angehen sind,
zu binden. Es
bei den Syren
das Fest des